

DAS TSCHECHOSLOWAKISCH-SOWJETISCHE HANDELSABKOMMEN FÜR DIE JAHRE 1951—55

Von Karel Kaplan

Der Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe (RGW — Comecon) legte im August 1949 auf seiner Tagung in Sofia die Linie der Außenhandelspolitik fest. Ein von der Gesamtheit angenommener Beschluß machte den Mitgliedstaaten untereinander ein langfristiges Handelsabkommen zur Auflage. In den Jahren 1950—1951 entstand ein System dieser Abmachungen, in denen die Übereinkommen mit der Sowjetunion ausschlaggebend waren. Sie hatten eine Schlüsselposition für die ökonomische Entwicklung jeder Volksdemokratie.

Die Tschechoslowakei schloß die erste langfristige Handelsübereinkunft mit der Sowjetunion im Dezember 1947 ab. Diese war jedoch nicht ausreichend, und im Jahre 1950 wurde ein neues Übereinkommen für die Jahre 1951—55 unterschrieben. Die Realisierung der darin enthaltenen sowjetischen Forderungen erzwang tiefe Strukturveränderungen in der tschechoslowakischen Wirtschaft, die ihre Entwicklung langfristig verhängnisvoll bestimmten. Solche langfristigen Handelsabkommen hatten auch eine beachtliche politische Bedeutung. Sie erforderten eine den Interessen der sowjetischen Wirtschaft und den außenpolitischen Absichten der sowjetischen Führung untergeordnete Wirtschaftsform der Staaten des RGW.

Die Studie erfaßt den Verlauf der Verhandlungen über das tschechoslowakisch-sowjetische Abkommen von Juli bis November 1950. Es geht um die Beschreibung der Hauptpunkte, wie sie in den Aufzeichnungen über die Beratungen der Delegationen beider Staaten im sowjetischen Außenhandelsministerium enthalten sind, um Protokolle über interne Konferenzen der tschechoslowakischen Delegation im Moskauer Hotel National und Chiffren zwischen Prag und Moskau. All diese Dokumente befinden sich im Archiv des Volkswirtschaftsministeriums für Planung in Prag (A MNP), im Fonds des VM SÚP (ausgewählte Materialien des Staatlichen Planungsamtes).

Die Hauptakteure der Verhandlungen waren der Minister des tschechoslowakischen Außenhandels — Gregor —, des sowjetischen — Menšikov — und deren Stellvertreter — Dvořák und Losakov. Außer ihnen beteiligten sich auch Fachberater auf beiden Seiten an den Besprechungen, der tschechoslowakische Vizepräsident der Regierung Široký und der Industrieminister Kliment.

Vorbereitung

Am 8. Juli 1950 fand in Prag die erste Konferenz der Arbeitskräfte des Planungsamtes statt, mit dem Ziel, „konkretes Material“ für die Verhandlungen der tschechoslowakischen Regierungsdelegation über ein langfristiges Handelsüberein-

kommen in Moskau vorzubereiten. Die Hauptgrundsätze für die Ausarbeitung der tschechoslowakischen Forderungen erläuterte Goldman. Er sprach davon, daß „der Leitgedanke des ganzen Vertrages die größtmögliche Loslösung unseres Außenhandels von den kapitalistischen Staaten sein sollte“. Die ersten Vorstellungen sahen so aus: Die Einfuhr von Investitionsgütern aus der UdSSR sollte im Jahre 1955 über 2 Milliarden Kčs erreichen, und bei den Rohstoffeinfuhren wurde eine grundsätzliche Verschiebung aus den kapitalistischen Staaten in die UdSSR in Erwägung gezogen. Für die Ausfuhr „müssen wir grundsätzlich die Erzeugnisse unserer Schwerindustrie, in denen wir hochentwickelt sind, zur Disposition geben“. Man nahm an, daß der sowjetische Anteil an der tschechoslowakischen Aus- und Einfuhr im Jahre 1955 55 % erreichen würde. Danach gab der ständige Vertreter beim RGW über den Standpunkt des BÜRO (BYRÓ) zum Plan des tschechoslowakischen Außenhandels für die nächsten fünf Jahre Auskunft. „Es wurde konstatiert, daß es sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen nötig sei, die Ein- und Ausfuhr möglichst stark auf die UdSSR einzustellen und zwar derart, daß dieselbe größer als der Gesamtwert der Ein- und Ausfuhr in die übrigen volksdemokratischen Staaten wäre¹.“

Das Präsidium des Wirtschaftsrates beim Zentralauschuß der KPTsch billigte am 13. Juli die Grundsätze zur Vorbereitung eines langfristigen Vertrages und beauftragte die zuständigen Ämter mit ihrer Ausarbeitung. Es entschied, „den Austausch von Waren zwischen der Tschechoslowakei und der UdSSR wesentlich zu erhöhen und einen Plan auf Grund der Einfuhrforderung [Investitionsgüter — Anm. d. Aut.] aus der UdSSR in Höhe von 22—25 Milliarden Kčs im Jahre 1955 auszuarbeiten“. Zur Einfuhr der Investitionsgüter aus der UdSSR wurde beschlossen: „Bei uns bisher nicht erzeugte Maschinen und Anlagen einzuführen, deren Herstellung wir erst entwickeln müßten“, weiter wichtige Anlagen für Investitionsgüter in ihrer Gesamtheit und Ergänzungsmaschinen und Geräte einzuführen. In der Rohstoffeinfuhr sollte besondere Aufmerksamkeit Metallen gewidmet werden².

Richtlinien wurden von einer Fachkommission des Wirtschaftsrates ausgearbeitet.

Die Kommission für die Ausarbeitung des Vorschlages zur Ausfuhr von Produkten der Schwerindustrie gelangte zu Ziffern, die mit dem Anwachsen der Ausfuhr in die UdSSR von 4,5 Milliarden Kčs im Jahre 1951 auf 9 Milliarden im Jahre 1955 rechneten, „wobei die Hälfte der Lieferungen aus kompletten Elektrizitätswerken bestehen sollte“. Der Plan zur Ausfuhr von Erzeugnissen des Präzisionsmaschinenbaus im Jahre 1955 erreichte einen Wert in Höhe von 2 Milliarden Kronen. „Dieser Posten werde für die sowjetische Seite nur dann annehmbar sein, wenn es gelänge, die Herstellung und damit die Ausfuhrüberschüsse von schweren und speziellen Werkzeugmaschinen über den im RGW vereinbarten Rahmen hinaus zu erhöhen.“ In der Hüttenproduktion wurde eine Steigerung der Erzeugung in

¹ Archiv des Ministeriums für volkswirtschaftliche Planung (A MNP), Prag, Fonds ausgewählter Materialien des Staatlichen Planungsamtes (VM SÜP), Protokoll über die Beratung vom 8. 8. 1950.

² Archiv des Institutes Marx-Leninismus (A ÜML), Prag, Fonds 27, Wirtschaftsrat des Zentralaussschusses der KSČ (KPTsch), Protokoll der Tagung vom 13. 7. 1950.

den Jahren 1951—55 nur bei Eisen, Stahl und Kriegsmaterial geplant, denn für die übrigen Posten zeigte die sowjetische Seite, nach einem Bericht von Jicínský³, kein größeres Interesse. Nach Richtzahlen sollte die Ausfuhr von Kriegsmaterial in den Jahren 1953—55 wesentlich sinken⁴.

Auch die andere — sowjetische — Seite bereitete Vorschläge für einen langfristigen Vertrag vor. Der tschechoslowakische Delegierte beim RGW schrieb am 20. Juli nach Prag, daß er lediglich informativ das erste vorbereitende Material mit dem sowjetischen Repräsentanten durchgegangen sei. Dieser teilte ihm mit, „daß die sowjetischen Regierungsstellen von den Vorbereitungen der Unterlagen über die Verhandlungen zu einem langfristigen Vertrag unterrichtet sind und mit dessen Abschluß rechnen. Er setze voraus, daß Ende August die Unterlagen vorbereitet sein können“. Er fügte noch die Bemerkung hinzu: „Wie ich informiert bin, werden, was unsere Ausfuhr von Investitionsgütern in die UdSSR angeht, die Fragen sehr konkret sein“⁵.

Am 7. August erörterte das Präsidium des Wirtschaftsrates beim Zentralauschuß der KPTsch die ersten ausgearbeiteten Vorschläge. Diese setzten in den Jahren 1951—55 aus der UdSSR einen Import von nahezu 94 Milliarden Kčs und einen Export von 75,6 Milliarden außer Investitionsanlagen und Maschinen voraus. Nach einer gewissen Reduktion rechnete man mit der Einfuhr von Investitionsgütern in Höhe von 21,7 Milliarden Kronen⁶. Gleichzeitig wurde zur Aufgabe gemacht, „die maximalen Möglichkeiten der Erzeugung und Ausfuhr nach einem besonderen Verzeichnis [sowjetischen — Anm. d. Aut.] auch um den Preis des Fallenlassens anderer Produktionen . . . zu überprüfen“. Demgemäß sollte der Export ebenso wie der Import in fünf Jahren schon 107 Milliarden Kronen erreichen. Die Führung konstatierte, daß die geplante Einfuhr von Maschinenanlagen aus der Sowjetunion „die praktische Beseitigung unserer Abhängigkeit von der Einfuhr von Maschinen und Anlagen aus den kapitalistischen Staaten bedeuten würde. Die Lieferungen von Maschinenanlagen aus der UdSSR würden also von entscheidender Bedeutung für die Erfüllung einer der hauptsächlichsten politischen Aufgaben unserer Wirtschaftspläne sein. Die Bedeutung der beschlossenen Lieferungen von Maschinenanlagen aus der UdSSR liegt weiter darin, daß sie den Beginn eines Begrenzungsabbaues von tschechoslowakischen Produktionsprogrammen im Verhältnis zur UdSSR darstellt. Diese Lieferungen würden nämlich unsere Produktion in manchen Fällen, wo in der ČSR nur eine Herstellung von Stückware oder sogar von Unikaten möglich sei, dieser Begrenzung entheben.“ Dabei stellten die sowjetischen

³ Generaldirektor der tschechoslowakischen Hüttenwerke.

⁴ A ÜML, Fonds 27, Unterlagen für die Vorbereitung des tschechoslowakisch-sowjetischen Handelsabkommens.

⁵ A MNP, VM ŠÚP (S. 1), Brief Húseks vom 20. 7. 1950 an Púčik, Staatl. Planungsamt, Prag.

⁶ Die hauptsächlichsten Posten des tschechoslowakischen Exportes bildeten Maschinenbauerzeugnisse, Einrichtungen (Anlagen) für Elektrizitätswerke, Zuckerfabriken und Bierbrauereien, Kabeln, Schiffe, Lokomotiven, Werkzeugmaschinen, Elektromotoren, Dieselmotoren, Kräne, Bagger, Kriegsmaterial, Autos, Textilmaschinen, Radiotechnik, Stabstahl.

Lieferungen nur 6—7 % des Anteils an den Maschinen-Investitionen der ČSR in den Jahren 1951—55 dar ⁷.

Im Verlaufe der vorbereitenden Arbeiten gingen aus Moskau Nachrichten ein, die nicht ohne Einfluß auf die Ansichten und das Vorgehen derer blieben, die die Unterlagen ausarbeiteten. Am 9. August machte der tschechoslowakische Botschafter den Minister Dolanský ⁸ auf die Eintragung des Handelsrates seines Amtes „über bedenkliche Erscheinungen in unseren Handelsverhandlungen mit der UdSSR und warnende Bemerkungen der hiesigen Akteure aufmerksam. Diese Bemerkungen enthalten sehr ernste Verdächtigungen“. Weiter schrieb er davon, „daß der Verlust des Vertrauens zu unserer Handelsverhandlung droht und daß an unserer Ehrlichkeit und Freundschaft gezweifelt werden könnte“. Auch riefen kritische Bemerkungen sowjetischer Stellen Preisverhandlungen hervor ⁹.

Der ständige Vertreter im RGW teilte nach Prag noch weitere Erkenntnisse aus den sowjetischen Vorbereitungen des Vertrages mit. Er schrieb, daß sie sich im Import aus der ČSR auf eine begrenzte Nomenklatur des Schwer- und Präzisionsmaschinenbaus konzentrierten und zwar „auf solche Arten von Metallerzeugnissen, die Tradition, Erfahrung, Spezialeinrichtungen und hohe Qualifikation technischer Kader und Arbeiter erfordern. In der sowjetischen Nomenklatur wird das Problem der Ausnützung mittlerer und kleinerer Metallunternehmen nicht gelöst. Bei Erzeugnissen der Leichtindustrie rechnen sie im ganzen mit Möglichkeiten der Erhaltung oder einem mäßigen Absinken unserer Ausfuhr aus dem Jahre 1950“ ¹⁰.

In der Nachricht wiederholte er, daß die sowjetische Seite besonderen Wert auf die Einfuhr von wichtigen Anlagen und Maschinen der Schwerindustrie lege. Bei dieser Gelegenheit wies er darauf hin, daß die Äußerung der Generaldirektion des schweren Maschinenbaus zeige, „daß, wenn wir uns in unseren Vorschlägen dem Umfange der sowjetischen Forderungen nähern wollen, es nötig wäre, an die Lösung auf andere Art und Weise heranzutreten; nicht nur kommerziell, sondern auch viel detaillierter unsere Herstellungsmöglichkeiten und unseren eigenen Bedarf zu überprüfen“. Er deutete die Unumgänglichkeit struktureller Veränderungen der Industrie als Bedingung für die Realisierung der zu erwartenden sowjetischen Forderungen an. Zur gleichen Zeit tat er kund, daß „nach Schätzung eines hiesigen Sowjets [sowjetischen Beraters — Anm. d. Aut.] unsere eigenen Forderungen nach Anlagen und Maschinen der Schwerindustrie übertrieben seien“. Die Nachricht endete mit gewissen Informationen — ziemlich bruchstückhaft — über die Entstehung eines polnisch-sowjetischen Handelsvertrages. Er schrieb: „In allem wird es sicher sehr auf unsere Vorschläge ankommen, die polnischen Genossen erhielten praktisch alles, was sie brauchten. Es gelang mir nicht, Einzelheiten der Vorbereitung des polnischen Vertrages festzustellen. Sie wurden aber in den Hauptzügen bei

⁷ A ÚML (S. 2), Fonds 27, Protokoll der Tagung vom 7. 8. 1950.

⁸ Mitglied der Führung der KPTsch, Vizepräsident der Regierung und Präsident des Staatl. Planungsamtes.

⁹ A MNP, VM SÚP, G. Z. 244, Brief des Botschafters Kreibich an Dolanský vom 9. 8. 1950.

¹⁰ A MNP, VM SÚP, G. Z. 1089, Brief Húseks an Dolanský vom 11. 8. 1950.

den Parteiverhandlungen in Moskau durchdiskutiert und vorbereitet, vielleicht sogar direkt bei Genosse Stalin¹¹.

Die Führung des Planungsamtes teilte daraufhin dem ständigen Vertreter im RGW mit, über die Materialien zur Vorbereitung des Vertrages „mit den sowjetischen Genossen keine Gespräche zu führen“. Sie informierte ihn darüber, daß Goldman¹² „über einige Abhandlungen Deines Briefes vom 11. August stutzig wurde“, und verlangte eine nähere Erklärung, „wo Du schreibst, daß der Schwermaschinenbau im Gesamtumfang unserer Produktion nicht nur kommerziell gesehen werden könne“¹³.

Einige Tage danach, am 16. August, folgte eine weitere Information aus Moskau. Dem ständigen Vertreter im RGW „gelang es, in unverbindlichen Gesprächen mit sowjetischen Genossen im BÜRO einige wichtige Posten des sowjetischen Vorschlages der Forderungen festzustellen“. Es ging überwiegend um Erzeugnisse der Schwerindustrie. In der Diskussion über Präzisionsmaschinenbau vertraten die sowjetischen Experten die Ansicht, daß man den schweren Maschinenbau entlasten und überdies Einrichtungen zur Mechanisierung gangbarer Maschinen nach sowjetischen Skizzen herstellen solle. „Was den tschechoslowakischen Import angehe, setzten sie voraus, daß er sich auf Getreide, Rohstoffe, Traktoren und Investitionsgüter konzentrieren werde. Dabei schätzten sie ab, daß das Verhältnis der exportierten und importierten schweren Investitionsgüter im Verhältnis 5 : 1 zugunsten der UdSSR sein könne“¹⁴. Die Information enthielt auch vorläufige abschätzende Gutachten sowjetischer Vorstellungen über den tschechoslowakischen Export, und zwar in Höhe von 87,5—98,7 Milliarden Kronen in den Jahren 1951—55. Die tschechoslowakischen Wirtschaftsfunktionäre stimmten der Ansicht der sowjetischen Experten zu, daß der Präzisionsmaschinenbau schwere Werkzeugmaschinen — nicht hergestellt in der UdSSR — produzieren könne, und zogen Veränderungen in der Erfüllung der Produktion der Leichtindustrie in Erwägung — z. B. in der Herstellung kompletter Innenausrüstungen u. dgl.

Die erste Phase der Vorbereitungsarbeiten endete am 20. August. Das Resultat waren „tschechoslowakische Vorschläge zu Vereinbarungen über den Austausch von Waren zwischen der ČSR und der UdSSR“. Die einführende Präambel hob als Ziel hervor, zeitgemäß das langfristige Planen mit dem sowjetischen zu koordinieren, und darum stellte sie Richtzahlen für die Entwicklung auch auf zwei Jahre nach dem ersten Fünfjahresplan — d. h. für die Jahre 1954—1955 — auf. Die Vorschläge setzten den Export von Kraftwerksanlagen, von Schiffen und Schiffsausrüstungen, Werkzeugmaschinen und Pressen, Kompressoren, Pumpen, chemischen Einrichtungen, Raffinerieanlagen und Förderung von Naphtha, von anderen Anlagen der Schwerindustrie und großen Maschinen, von übrigem Maschinenbaumaterial, Kriegsmaterial und von Lastautos voraus. Zusammen mit weiteren Posten sollte der Export etwa 88 Milliarden Rubel betragen. Der Import betraf

¹¹ A MNP, VM SÚP, G. Z. 1089, Brief Húseks an Dolanský vom 11. 8. 1950.

¹² Zweiter Vorsitzender des Staatl. Planungsamtes.

¹³ A MNP, VM SÚP, Chiffre an Húsek vom 13. 8. 1950.

¹⁴ A MNP, VM SÚP, Nr. d. Kast. 178, Information des Genossen Mach nach seinem Eintreffen in Prag am 16. 8. 1950.

insbesondere Rohstoffe. Investitionsgüter erzeugte die Tschechoslowakei zu 90 % selber und der Import beschränkte sich auf einzelne spezielle Maschinen und Anlagen¹⁵. Die tschechoslowakischen Vorschläge gingen an sowjetische Stellen.

Die erste Etappe der Verhandlungen

Einige Tage vor der Eröffnung der Gespräche über langfristige Verträge in Moskau machte der tschechoslowakische Botschafter Prag auf die Notwendigkeit persönlicher Kontakte zu den sowjetischen Stellen aufmerksam. Unter anderem schrieb er: „Da wir vor der Inangriffnahme der Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag mit der UdSSR stehen, weise ich darauf hin, daß ich erfahren habe, daß die anderen Länder der Volksdemokratien weit mehr den ständigen persönlichen Kontakt mit den hiesigen ausschlaggebenden Stellen und Personen pflegen. Der polnische Minister für Außenhandel war heuer schon viermal zur persönlichen Beratung in Moskau. Der rumänische Minister des Außenhandels war jetzt zur Eröffnung der Ausstellung hier. Es war schon seine vierte Reise in diesem Jahr hierher. Wie mir gesagt wurde, unterhandeln z. B. die Polen ständig über diese Fragen, auch auf Parteiebene. Dies alles habe ich nicht amtlich oder offiziell festgestellt, sondern nur gehört¹⁶.“

Die Verhandlungen der tschechoslowakischen und sowjetischen Delegationen begannen in den letzten Tagen des August. Es fanden Beratungen im Ministerium für Außenhandel in Moskau statt, es trafen sich Minister, Vizeminister und Experten; auf tschechoslowakischer Seite beteiligte sich anfangs auch der Vizepräsident der Regierung Široký und der Minister für Industrie Kliment.

Der erste Abschnitt der Gespräche beschränkte sich auf die Einführungsberatung und den Besuch der tschechoslowakischen Minister im Kreml. Am 29. August hatte die tschechoslowakische Delegation ihre erste separate Zusammenkunft. Široký forderte, das Vorgehen der Delegation zu klären. Als nächstes sollte beschlossen werden, wem die Vorschläge für langfristige Kontingente zu übergeben seien. Der ständige Delegierte im RGW (Húsek) wies darauf hin, „daß die Polen über ihre langfristigen Kontingente mit den Genossen Molotov und Mikojan verhandelten. An unseren Vorschlägen arbeiten die Genossen sehr intensiv“. Die Delegationsmitglieder nahmen Širokýs Vorschlag an, „zuerst reine Höflichkeitsbesuche, und zwar bei Genossen Vyšinský (Genosse Široký) und bei Genosse Menšikov (Genosse Gregor), zu arrangieren“¹⁷.

Zwei Tage darauf, am 31. August, versammelte sich die Regierungsdelegation zu einer zweiten Sitzung. Široký informierte sie, „daß wir gestern beim Besuch der tschechoslowakischen Regierungsdelegation bei Genosse Menšikov globale Vorschläge für langfristige Kontingente erhielten. Jetzt wird es nötig sein, a) die sowjetischen Vorschläge zu bewerten, b) sie mit unseren Vorschlägen zu vergleichen, c) gewisse Fragen zu klären.“ Gregor teilte mit, daß der Vorschlag bezüglich der

¹⁵ A ÚML, Fonds 27, Protokoll der Tagung vom 20. 8. 1950.

¹⁶ A MNP, VM SÚP, A. Z. 614, Chiffre aus Moskau vom 22. 8. 1950.

¹⁷ A MNP, VM SÚP, Eintragung von der ersten Beratung der Regierungsdelegation am 29. 8. 1950.

sowjetischen Einfuhr schon von tschechoslowakischen Experten ausgearbeitet sei. Beim Export „ist die Situation deshalb schwieriger, weil es notwendig ist, festzustellen und zu vergleichen, welche Posten des sowjetischen Planes sich mit unseren decken, und welche nur in diesem oder jenem Vorschlag vorkommen. Es gibt da ebenfalls solche Posten, bei denen schon festgestellt wurde, daß sie keine Chance haben“¹⁸.

Beide Seiten tauschten gegenseitig ihre Vorschläge zu Ex- und Import aus, und die Experten beider Staaten (die tschechoslowakischen waren in Moskau anwesend) studierten sie. Die Delegationen beider Staaten stimmten auch darin überein, daß ein neuer Vertrag für die Jahre 1951—55 ausgearbeitet werden müsse, der auch die aus der Vereinbarung aus dem Jahre 1947 hervorgehenden Posten enthalten sollte.

Am 31. August ersuchte Dvořák um Aufklärung einiger Hauptposten des sowjetischen Vorschlages, in dem die Forderungen dem tschechoslowakischen Export gegenüber in 71 Posten, genannt „Schriftstück 71“, zusammengefaßt waren. Es ging hauptsächlich um Erzeugnisse der Schwerindustrie, insbesondere des Maschinenbaus, und zwar überwiegend um solche, die die tschechoslowakische Industrie bisher nicht oder nur in anderer und kleinerer Form hergestellt hatte¹⁹. Der sowjetische Partner, auch Vizeminister — Losakov —, versprach die geforderte Erklärung und konstatierte: „Wir sind uns dessen bewußt, daß die sowjetischen Forderungen beträchtliche Verschiebungen in der tschechoslowakischen Produktion bedeuten werden.“ Bei der Mehrzahl der Posten gelang es der sowjetischen Seite jedoch nicht, sie zu klären, bei einigen verlangten sie längere Bedenkzeit.

Auf Dvořáks Frage nach der beabsichtigten Verhandlungsdauer antwortete Losakov, daß der Vertrag ohne vorhergehende technische Klarstellung unterzeichnet werden könne, die dann nachträglich durchgeführt würde. „Die Länge der Verhandlungen hängt von Ihnen ab“, zitiert er; „Vněštorg [das sowjetische Ministerium für Außenhandel — Anm. d. Aut.] wurde von der Regierung zum Abschluß einer langfristigen Vereinbarung mit der ČSR bevollmächtigt. Sein Vorschlag wurde dann der Regierung vorgelegt und von ihr gutgeheißen. Wenn Sie unseren Vorschlag annehmen, kann die Abmachung sogar schon morgen unterzeichnet werden.“

Dem Eintrag der Verhandlung führte Dvořák einen Nachtrag hinzu, der unter anderem folgendes enthielt: „Bei unserer Argumentierung, daß unser Vorschlag eines beträchtlichen Exports in die UdSSR im Jahre 1955 eine wesentliche Verminderung der Abhängigkeit von der kapitalistischen Welt beabsichtige, sah man fast allen Beteiligten der sowjetischen Seite an, daß sie über den kleinen Prozentsatz des angenommenen Handels mit den kapitalistischen Staaten erstaunt waren. Noch deutlicher trat das bei der Diskussion über unsere Forderungen bezüglich des Im-

¹⁸ A MNP, VM SÚP, Eintragung von der zweiten Beratung der Regierungsdelegation vom 31. 8. 1950 um 12³⁰ Uhr.

¹⁹ Das „Schriftstück 71“ enthielt Wachtschiffe, Meeresremorque, Flußbagger, Personenschiffe, Schiffsdampfmaschinen und Turbinen, Schiffsdiesel, Dieselmotoren, Turbogeneratoren für Schiffe, gekröpfte Walzen, Richt- und Biegemaschinen, Naphtha-Apparaturen, Zentrifugalpumpen, Armaturen, Dampfturbinen mit Kesseln, fahrbare Elektrizitätswerke, fahrbare Trafostationen, Kräne auf Raupenschlepper-Chassis.

ports von Investitionsgütern hervor. Bei dieser Gelegenheit bemerkte Losakov, daß sogar die Sowjetunion Maschinen im Westen kaufe und auch in Zukunft zu kaufen gedenke ²⁰.“

Die tschechoslowakischen Experten überprüften indessen die Möglichkeit der Erfüllung der sowjetischen Forderungen im „Schriftstück 71“. Von ihrer Antwort hing zu einem erheblichen Grade der weitere Verlauf der Verhandlungen ab. Am nächsten Tag, den 1. September, trafen nur die Experten beider Seiten zusammen und fuhren mit der Klärung der Posten fort. Die tschechoslowakischen Fachleute erhielten schon einigermaßen detaillierte Angaben und auch Informationen darüber, bei welchen Posten die sowjetischen Skizzen benützt würden. Die Diskussion bestätigte, daß es um Erzeugnisse mit einem beträchtlichen Verbrauch an Material ging, um eine Vielzahl von Tonnen für schwere Maschinen und Anlagen, besonders anspruchsvoll in bezug auf Buntmetalle und spezielle Arten von Stahl. Für eine stattliche Menge von Posten hatte die sowjetische Seite überhaupt keine notwendigen Zeichnungen. Als am Ende der Beratung der sowjetische Experte Gusjev den Generaldirektor der Schwerindustrie Fabinger fragte, ob alle Fragen geklärt seien, erhielt er die Antwort: „... die Fragen sind geklärt, es ist jedoch klar, daß die Aufgaben, die aus diesen Bestellungen resultieren, für unsere Industrie sehr schwer sind.“ Darauf antwortete Genosse Gusjev dem Genossen Fabinger wie folgt: „Früher haben Sie gefragt, wie die sowjetische Seite die tschechoslowakischen Erzeugnisse bewertet. Die Antwort und Bewertung liegt darin, daß die sowjetische Seite gerade diese Aufgaben der tschechoslowakischen anvertraut ²¹.“

Am selben Tag versammelte sich der Rat der tschechoslowakischen Regierungsdelegation, den Široký leitete. Frejka ²² folgerte aus dem Vergleich der sowjetischen mit den tschechoslowakischen Entwürfen, daß die sowjetischen Fachleute „mit einem langsameren Wachstum unserer Wirtschaft rechnen als wir“. Oder „eine andere Möglichkeit, die jedoch nicht in Betracht kommt, wäre, daß die Genossen mit einem langsameren Abbau der Abhängigkeit von kapitalistischen Staaten rechnen“. Er konstatierte, daß die größte Differenz im Import aus der UdSSR bei Metallen, Investitionsgütern und Baumwolle liege; in der Ausfuhr sei die Abnahme eines Teils der Produkte niedriger, als der tschechoslowakische Entwurf vorsehe, und eines anderen Teils umgekehrt höher. Er schloß aus der Differenz zwischen dem sowjetischen Vorschlag des Ex- und Importes von 6 Milliarden Kčs zuungunsten der ČSR, daß die sowjetische Seite nicht voraussetzt, daß „wir in allem den Anforderungen gerecht und die Forderungen des Schriftstückes 71 in vollem Ausmaße werden erfüllen können“. Frejka empfahl „genau zu klären, was wir von den sowjetischen Forderungen erfüllen können, und eine Sitzung mit dem Minister Menšikov abzuhalten“.

²⁰ A MNP, VM SÚP, Eintragung über die Beratung im sowjetischen Ministerium für Außenhandel (Vněštorg) am 31. 8. 1950 um 21³⁰ Uhr.

²¹ A MNP, VM SÚP, Vermerk über die Beratung mit Experten im Ministerium Vněštorg am 1. 9. 1950.

²² Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Kanzlei des Präsidenten der Republik und führender tschechoslowakischer Wirtschaftswissenschaftler.

Eine etwas abweichende Meinung hatte Húsek²³, insbesondere was die Behauptung anging, daß die UdSSR ein langsames Tempo in der Entwicklung der Produktion voraussetze. Er stimmte auch mit Gregor überein, der es für die Hauptsache hielt, den sowjetischen Stellen mitzuteilen, „was wir erfüllen können“. Gregor forderte darüber hinaus, daß ein Schriftstück mit Angeboten dessen hinzugefügt würde, „was die UdSSR nicht verlange und wir liefern wollen“. Kliment begründete den Charakter der sowjetischen Forderungen damit, daß die UdSSR „mit einer gewissen Umgestaltung unserer Industrie rechne“. Er appellierte insbesondere daran, daß den sowjetischen Funktionären der Bedarf an Rohstoffen erklärt werden müsse, in denen die tschechoslowakischen Bedürfnisse am wenigsten zufriedenstellend waren. „Vielleicht ließe sich diese Frage bei Minister Menšikov derart zur Sprache bringen, daß er an höherer Stelle vorbringe, ob er bevollmächtigt sei, über Veränderungen in den sowjetischen Plänen zu entscheiden.“ Er setzte sich dafür ein, daß den Sowjets mitgeteilt würde, daß „wir z. B. ihre Forderungen zu 95 % zufriedenstellen können“.

Široký beendete die Diskussion: „Soweit es um die Ausfuhr geht, könnten wir auf Grund der sowjetischen Vorschläge mit Menšikov handelseinig werden. Die Frage der Einfuhr hängt mit der gesamten Konzeption der Abhängigkeit von den kapitalistischen Staaten zusammen.“ Er empfahl zwei Vorschläge: Die grundsätzlichen Fragen des Importes auszuarbeiten, namentlich die der Metalle und Investitionsgüter und „Genossen Menšikov zu fragen, was seine Ansicht bezüglich der tschechoslowakischen Importvorschläge sei“. Ein ähnliches Vorgehen schlug er beim Export vor. Der zweite Vorschlag: Über diese Dinge eine Denkschrift für Menšikov so zu verfassen, daß „diese die Grundlage für eine politische Verhandlung schaffen würde, die sich wahrscheinlich bei einigen führenden Genossen der UdSSR [Gen. Mikojan] verwirklichen ließe“. Die Anwesenden stimmten zu und billigten auch, daß Široký Menšikov besuchen und eine klare Antwort und den sowjetischen Standpunkt zu den tschechoslowakischen Vorschlägen verlangen solle²⁴. Die Sitzung mit Menšikov fand noch am selben Abend statt. Sie endete mit dem Übereinkommen, daß die tschechoslowakischen Repräsentanten zunächst ihren Standpunkt zu den sowjetischen Vorschlägen abgeben und dann ein Schriftstück über diejenigen Erzeugnisse ausarbeiten würden, die sie noch zusätzlich liefern könnten.

Schon am nächsten Tag, den 2. September, gab Dvořák auf der Sitzung der Vizeminister und Experten die tschechoslowakische Antwort bekannt. Die Möglichkeiten sahen so aus: 54 Posten werden ganz erfüllt, 3 Posten zu 90 %, 2 Posten zu 60 %, 5 Posten zu 35 %, 2 Posten zu 20 %, 1 Posten läßt sich nicht in den verlangten Typen ausführen und 4 sind überhaupt unmöglich zu erfüllen. Er fügte hinzu, daß zwei Drittel der Posten solchen Charakters seien, daß sie Verschiebungen sowohl in den Betrieben als auch im Plane nötig machten. Auf das sowjetische Ansuchen nach Zeiteinteilung beim Export antwortete Dvořák, daß in Anbetracht der technischen Ungeklärtheiten einiger Posten und notwendiger Veränderungen

²³ Ständiger Vertreter der Tschechoslowakei im Rat der gegenseitigen Wirtschaftshilfe (RGW).

²⁴ A MNP, VM SÚP, Vermerk über die dritte Sitzung der Regierungsdelegation am 1. September 1950 um 11¹⁵ Uhr im Hotel National.

in den Betrieben diese Arbeit mindestens zwei Wochen beanspruchen würde. Auf Losakovs Anfrage, ob sie vielleicht mit der Unterschrift des Vertrages so lange warten wollten, empfahl der tschechoslowakische Stellvertreter zu unterschreiben und die Zeiteinteilung später zu vereinbaren²⁵.

Am selben Tage traf sich ein weiterer Rat der Regierungsdelegation. Široký gab über seinen Besuch bei Menšíkov Auskunft, der ihm versicherte, daß die sowjetische Seite angestrengt den tschechoslowakischen Plan studiere, und bestätigte, daß der sowjetische Vorschlag von der Regierung gutgeheißen wurde, aber Veränderungen nicht ausschlosse. Dann legte Kliment ein gutes Wort für die Zufriedenstellung der sowjetischen Forderungen ein. Frejka erkundigte sich unter anderem, „ob damit, worüber wir hier entscheiden, unsere Bilanzen im Export und im inländischen Verbrauch nicht wesentlich beeinträchtigt werden“, und welche neuen Investitionen in der ČSR gemacht werden müßten, um die sowjetischen Ansprüche zu erfüllen. Und er verlangte abermals, sich darüber klar zu werden, was die tschechoslowakische Delegation zusätzlich anbieten könne. Fabinger und Jičínský — Generaldirektoren — versicherten, daß, „was den Umfang und den Investitionsplan angehe, unsere Bilanzen grundsätzlich nicht beeinträchtigt werden“. Sie wiederholten jedoch, daß der sowjetischen Seite der Bedarf an Rohstoffen und Anlagen eingeschränkt werden müsse. Zu diesem Punkt sprach Gregor Bedenken aus und empfahl, diese Angelegenheiten nicht gegenseitig zu binden²⁶.

Bei der Beratung am 4. September gab Dvořák bekannt, daß die tschechoslowakische Delegation zwei Schriftstücke ausgearbeitet habe. In einem gab sie weitere Exportmöglichkeiten im Rahmen des Schriftstückes 71 an, und das zweite enthielt neue, aber von der sowjetischen Seite bisher nicht verlangte Posten²⁷. Losakov erklärte, daß die Sowjetunion an der Mehrzahl der angebotenen Posten, im Schriftstück genannt „35 Milliarden“, kein Interesse habe, und fügte hinzu, daß er nicht einmal empfehlen würde, die Industrie an der Produktion dieser Erzeugnisse zu orientieren. Es handelte sich um Autos und Maschinen für die Verbrauchsindustrie. Dvořák teilte mit, daß „die tschechoslowakische Seite noch einmal um Information ersucht, in welche Richtung wir unsere Produktion jener Posten, von denen wir wissen, daß an ihnen die sowjetische Seite kein Interesse zeigt, umorientieren sollen“. Losakov antwortete: „Wir werden es überprüfen und ihnen heute abend oder morgen Antwort geben.“

Danach konzentrierten sich die Verhandlungen auf die Zeiteinteilung der Lieferungen. Die sowjetischen Vertreter forderten, die Ausfuhr schon im Jahre 1951 zu erhöhen. Die tschechoslowakischen Experten wandten ein, daß der Umfang, den sie vorschlugen, sich nur unter den größten Schwierigkeiten erfüllen ließe. Die Zeit-

²⁵ A MNP, VM SÚP, Eintragung über die Beratung im Vněštorg am 2. 9. 1950.

²⁶ A MNP, VM SÚP, Vermerk über die vierte Beratung der Regierungsdelegation am 2. 9. 1950 um 11³⁰ Uhr.

²⁷ Im zweiten Schriftstück ging es um schwachstromige Elektrizitäts-Anlagen, Einrichtungen für verschiedene Arten von kleinen Elektrizitätswerken, Elektromotoren, Maschinen für Metallbearbeitung von Werkzeugen, Ketten, Elektroden, Kriegsmaterial, Zuckerfabriken, Einrichtungen für die Lebensmittel-, Keramik- und Textilindustrie, Lokomotiven, Röntgengeräte, Telefonzentralen, verschiedenartige Maschinen, Personen- und Lastautos.

verschiebung im Export blieb ungelöst, wie auch die Frage Losakovs, wann die tschechoslowakische Delegation gewillt sei, das Übereinkommen zu unterzeichnen²⁸.

Am nächsten Tag, den 5. September, trafen sich Široký, Gregor und Kliment mit Menšíkov, Losakov und anderen, um die bisherigen Streitfragen zu klären. Losakov konstatierte zuerst offiziell, daß die sowjetische Seite an der Mehrzahl der im Zusatzvorschlag angeführten Ausfuhrposten kein Interesse habe und jene, über deren Einfuhr sie verhandeln könnte, nicht in den langfristigen Vertrag aufnehmen werde. Die tschechoslowakischen Investitionsforderungen bewertete er als übertrieben. Gregor erklärte, daß die Delegation mit zusätzlichen Vorschlägen darauf hinweisen wolle, daß „bei uns in diesen Branchen praktisch gewisse verfügbare Kapazitäten existieren, die nach der Vereinbarung mit der UdSSR zur Produktion der Posten benutzt werden könnten, für die sie Interesse zeige“. Und er bat, „daß die sowjetische Delegation in diesem Sinne unser Schriftstück begutachte, denn für uns sei es eine wichtige Frage für die richtige Einstellung unserer Produktion im Sinne der Bedürfnisse der Sowjetunion“. Dann befaßte sich Menšíkov mit dem tschechoslowakischen Import von Investitionsgütern. Er führte an, daß dieser einen Anspruch auf Maschinen enthalte, die sie nicht herstellten, und daß eine technische Klarlegung sehr beschwerlich sein würde. Gregor stimmte also dem zu, daß im Vertrag der Gesamtbetrag dieser Lieferungen ausgedrückt und später seine Spezifikation nachfolgen würde.

In der weiteren Diskussion machte Kliment auf den Mangel an Buntmetallen aufmerksam und verlangte die Erhöhung ihrer Einfuhr. Menšíkov antwortete, daß die sowjetischen Bilanzen auch zwiespältig seien, und „er empfehle, auch weiterhin nicht nur Buntmetalle, sondern auch andere Dinge im Westen zu kaufen“. Široký gab zuerst an, daß die Anforderungen an die tschechoslowakische Ausfuhr schon zu 86 % erfüllt würden, versprach, sich den Bedürfnissen der UdSSR, auch im Hinblick auf die Jahresfristen, anzupassen, und kam auch auf die Einfuhr von Rohstoffen und Anlagen zurück. Er wies darauf hin, daß der Unterschied zwischen den sowjetischen und tschechoslowakischen Forderungen „so bedeutend sei, daß die von uns geplante Produktion problematisch werde. Die Tschechoslowakei importiere zwar noch aus anderen Ländern, aber diese könnten die Einfuhr einstellen. Hier stelle sich die Frage, wie die Entwicklung der Industrie der ČSR sicherzustellen sei. „Der Zentralausschuß beschloß“ — fuhr er fort —, „sich aus der Abhängigkeit vom Westen zu lösen, enger mit den Staaten des sozialistischen Lagers zusammenzuarbeiten und den Volksdemokratien zu helfen. Wenn man es vom Gesichtspunkt des Rohstoffimportes aus sieht, dann können wir diesen Beschluß — und damit auch den Plan — nicht erfüllen. Genosse Široký fragt sich, ob es möglich sei, bei solchem Unterschied den Vertrag zu unterschreiben.“ Menšíkov antwortete, daß die Unterschiede überbrückt werden müssen, und Široký, ähnlich wie Gregor, bat: „Sagen Sie uns bitte, wie wir weiterarbeiten sollen. Wir haben den besten Willen und Eifer.“

Menšíkov beendete die Verhandlung mit den Worten, „daß es nach der heutigen Beratung möglich sein wird, mit der sowjetischen Seite alle grundsätzlichen

²⁸ A MNP, VM SÚP, Eintragung über die Beratung im Vněštorg am 4. 9. 1950 um 14 Uhr.

Fragen zu klären und der Regierung vorzulegen“. Široký fügte hinzu, daß die tschechoslowakische Delegation ihre Ansicht in Form eines Memorandums beischließen würde²⁹.

Am folgenden Tag, den 6. September, gaben die Experten darüber Aufschluß, auf welche Posten des Schriftstückes 71 die tschechoslowakische Industrie Aufzeichnungen und Unterlagen bekommen würde³⁰. Das Memorandum der tschechoslowakischen Delegation, das Minister Menšíkov am 7. September bekam, begründete vor allem den Bedarf an einem erhöhten Import von Rohstoffen, namentlich von Eisenerz und Buntmetallen. Die Motive wiederholten sich: ökonomische Unabhängigkeit von der kapitalistischen Welt und die Aufgaben der Umgestaltung der tschechoslowakischen Industrie, deren Resultat der Aufbau einer mächtigen Maschinenbaubasis für die Schaffung der Schwerindustrie sein werde. Die Autoren des Memorandums konstatierten weiter, daß die Rohstoffe das Schlüsselproblem blieben, das sich nur mit Hilfe der UdSSR und der Volksdemokratien lösen ließe. Die tschechoslowakischen Berechnungen gaben einen Bedarf von über fünf Millionen Tonnen Eisenerz aus sowjetischem Import für das Jahr 1955 an, der sowjetische Vorschlag dagegen bewegte sich nur um die zwei Millionen Tonnen. Der sowjetische Entwurf würde kaum die eiserne Substanz, enthalten im geplanten Export der Maschinenbauindustrie in die UdSSR und die Volksdemokratien, decken, und für den Bedarf des tschechoslowakischen Aufbaues würde es nicht mehr reichen. Ähnlich sah es mit Kupfer und auch mit Importinvestitionen aus. Das Memorandum klang mit dem Gesuch um Erhöhung des Importes von Rohstoffen und Investitionsanlagen aus. Als Menšíkov das Memorandum von Gregor erhielt und durchlas, verkündete er, „daß wir ihre realen Möglichkeiten kennen, die uns mitgeteilt wurden, und daß diese Nachricht der Regierung übergeben wird“³¹.

Am 8. September verhandelten Široký, Gregor und Kliment im Kreml mit „bedeutenden Mitgliedern des Regierungspräsidiums“ der UdSSR, und am späten Nachmittag informierten sie darüber die Mitglieder ihrer Delegation. Alle drei waren mit den Resultaten zufrieden. Široký berichtete unter anderem: „Zu dieser Sitzung kam es darum, weil die Genossen die Begründung unserer Ein- und Ausfuhrforderungen hören wollten... In politischer Hinsicht ist diese Tagung auch deswegen bedeutend, weil die sowjetische Seite den Beschluß des Zentralausschusses der KPdSU und die Gesamtlinie der Umorientierung unserer Wirtschaft für vollkommen richtig hält. Die sowjetische Seite hat auch weiterhin Interesse an den 71 Posten... Genosse Kliment erweckte einen günstigen Eindruck, als er direkt an Ort und Stelle bei einigen Posten die Menge erhöhte. Das wirkte sicher gut und danach urteilen die sowjetischen Genossen, daß sich auf unserer Seite noch kolossale nicht aufgedeckte Reserven befinden, und daß unsere Vorschläge nach zwei Tagen noch besser sein werden als heute. Wichtig für uns ist, daß auf Grund unserer Ein- und Ausfuhrpläne die sowjetische Seite der Ansicht ist, daß wir eine gemeinsame Sprache finden müssen. Das, was wir machen, ist eine gute und richtige Sache [Um-

²⁹ A MNP, VM SÚP, Vermerk über die Beratung im Vněštorg am 5. 9. 1950 um 16 Uhr.

³⁰ A MNP, VM SÚP, Vermerk über die Beratung mit Experten im Vněštorg am 6. 9. 1950.

³¹ A MNP, VM SÚP, Eintragung über die Beratung im Vněštorg am 7. 9. 1950.

stellung der Industrie], darum wollen sie unseren Forderungen entgegenkommen . . . Jetzt geht es darum, immer wieder von neuem unsere Möglichkeiten zu prüfen, wie den sowjetischen Wünschen stattzugeben sei, sofern es um sowjetische Forderungen geht . . .“

Gregor vervollständigte: „Auf der anderen Seite ist uns bewußt, daß der Vertrag mit der UdSSR die Basis unserer wirtschaftlichen Entwicklung darstellt. Daraus resultiert die klare Orientierung auf die Sowjetunion. Das, was hier die Genossen Generaldirektoren ausarbeiteten, bedeutet schon allein für sich große Veränderungen in unserer Wirtschaft. Wir haben die Möglichkeit, uns den Ansprüchen der Sowjetunion anzupassen, auch unter der Voraussetzung, daß die Struktur unserer Wirtschaft und Industrie großen Veränderungen ausgesetzt würde.“

Auf die Anfrage von Experten antwortete Gregor, „daß wir der sowjetischen Seite klar sagen müssen, daß wir die bewußten Verpflichtungen auf uns nehmen können, jedoch unter der Bedingung, daß wir die dazugehörigen Rohstoffe und Maschinenanlagen haben werden“. Široký skizzierte zwei Hauptaufgaben — der sowjetischen Seite unsere Veränderungen und die Verbesserung in der Realisierung ihres Schriftstückes 71 zu vermitteln und die Forderungen zu übergeben, ohne deren Erfüllung die tschechoslowakische Produktion die Lieferungen in die UdSSR nicht übernehmen könne³².

Der bisherige Verlauf der Verhandlung zeigte, daß die sowjetische Delegation sich um die Durchsetzung aller ihrer Forderungen des Schriftstückes 71 gemäß ihrer Zeittermine bemühte und eine schnelle Unterzeichnung des Vertrages wünschte. Die tschechoslowakische bestrebte sich, eine höhere Einfuhr von Rohstoffen und Anlagen durchzusetzen, wobei sie sowohl mit dem Ausmaß der sowjetischen Ansprüche, als auch mit der Notwendigkeit, die Abhängigkeit von der kapitalistischen Wirtschaft zu beschränken, argumentierte.

Die zweite Etappe

Die politischen Verhandlungen riefen bei der tschechoslowakischen Delegation Hoffnung auf Verbesserung, insbesondere in der Einfuhr von Rohstoffen, hervor. Die Zusicherung blieb jedoch ziemlich nebelhaft, ausgedrückt in der Formulierung „wir kommen höchstmöglich entgegen, soweit es in unserer Macht steht“. Die tschechoslowakische Delegation dagegen verbesserte schon die Realisierung des Schriftstückes 71 und das einerseits an Ort und Stelle (Kliment) und andererseits mit dem Versprechen einer weiteren Überprüfung ihrer Möglichkeiten.

Noch vor seiner Rückkehr nach Prag besuchte Široký Mikojan in Gegenwart von Menšikov. Er ersuchte sie um die Erfüllung der tschechoslowakischen Forderungen, um die Einfuhr von Rohstoffen und Investitionsgütern, weiter um Klärung der sowjetischen Art und Weise der Vergütung des tschechoslowakischen aktiven Saldos, enthalten im Vorschlag des langfristigen Vertrages. Beide Staatsmänner verhandelten auch über die tschechoslowakischen Möglichkeiten, das Schriftstück 71 zu erfüllen. (Ein Protokoll ihrer Besprechung haben wir nicht zur Disposition, aber

³² A MNP, VM SÚP, Eintragung über die fünfte Beratung der Regierungsdelegation am 8. 9. 1950.

bei weiteren Verhandlungen berief sich Menšikov auf diese und gab so mehrere Punkte an, die Gegenstand des Treffens waren.)

Am 9. September trafen sich Vizeminister und Experten. Dvořák gab bekannt, „daß wir nach der Debatte im Kreml unsere Möglichkeiten von neuem durchdiskutierten und nach Klarstellung einiger Fragen direkt mit den Betrieben den Eindruck gewannen, daß wir die sowjetischen Ansprüche nahezu zu 100 % werden erfüllen können ... die Erfüllung der sowjetischen Forderungen hängt davon ab, wie unsere Importansprüche auf Investitionsgüter und Rohstoffe erfüllt werden.“ Gleichzeitig ersuchte er um den sowjetischen Standpunkt zum Vorschlag des zusätzlichen Exportes aus dem Schriftstück 35 Milliarden. Losakov wiederholte, daß sie als Ministerium für Außenhandel die Antwort gegeben hätten, kein Interesse, nicht einmal an einem der vorgeschlagenen Posten im Rahmen eines langfristigen Vertrages, zu haben, fügte jedoch hinzu, daß „jetzt diese Frage von der Regierung begutachtet würde“. Er hob im Gegenteil hervor, daß die Tschechoslowakei die Möglichkeit hätte, alle Posten des Schriftstückes 71 zu erfüllen, denn „der sowjetischen Seite sei bekannt, daß bei Ihnen [in der CSR — Anm. d. Aut.] ein ziemlich niedriger Koeffizient der Produktivität ist“ oder daß „Sie noch über beträchtliche Reserven verfügen“.

Gegen Ende der Verhandlungen holte Frejka noch Erkundigungen über das Angebot von Werkzeugmaschinen, enthalten im Schriftstück 35 Milliarden, ein. Er berief sich auf den Beschluß des RGW, der die Quoten der Produktion und des Exportes von Werkzeugmaschinen auf die einzelnen Mitgliedstaaten verteilte. Losakov antwortete, daß der RGW die Fragen nur theoretisch beurteile, aber die Experten beider Länder übereinkommen müßten. Auf Frejkas Bemerkung, daß in der Produktion schon „praktische Maßnahmen auf Grund des Beschlusses des RGW getroffen wurden“, erklärte Losakov wieder den RGW zu einem in dieser Richtung inkompetenten Organ. Sofern es um Werkzeugmaschinen ging, teilte er mit, „daß die sowjetische Seite keinen Bedarf an ihnen habe, da sie sie selbst produziere, und daher leicht auf den ihr im RGW zuerkannten Anteil verzichten könne“³³.

Die weitere Tagung der Vizeminister und Experten am 11. September war nicht allzu lang. Dvořák übergab die definitive Antwort zum sowjetischen Entwurf des Schriftstückes 71. Die Tschechoslowakei erfülle die Ansprüche schon zu 98,6 %. Gleichzeitig legte er die zusätzliche Forderung auf Maschinen, insbesondere Werkzeugmaschinen, vor. Die sowjetischen Teilnehmer hielten sich darüber auf und wollten, daß die Tschechoslowaken „nicht nur ihr heutiges Schriftstück der Forderungen, sondern auch ihr ursprüngliches überprüfen“. Dem stimmten beide verhandelnden Seiten zu³⁴.

Die Verhandlungen brachten für die tschechoslowakische Delegation keinen Fortschritt. Sie nahm nahezu in vollem Umfange die sowjetischen Importforderungen an, aber ihre eigenen Ansprüche, insbesondere auf Rohstoffe, wurden bislang nicht zufriedengestellt. Das sowjetische Ministerium für Außenhandel war nicht gewillt, sie in den Vertrag aufzunehmen. Die tschechoslowakischen Vertreter waren bestrebt, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um eine Verbesserung herbeizuführen.

³³ A MNP, VM SÚP, Vermerk über die Beratung im Vněřstorg am 9. 9. 1950 um 16³⁰ Uhr.

³⁴ A MNP, VM SÚP, Vermerk über die Beratung im Vněřstorg am 11. 9. 1950.

Sie versuchten es nochmals auf der Sitzung am 14. September, auf deren Programm fünf Fragen von Gregor sowie die sowjetischen Antworten standen. Die erste betraf Veränderungen am sowjetischen Entwurf betreffs des Exports in die Tschechoslowakei nach dem Treffen von Široký und Mikojan. Menšikov behauptete, daß es sich nur um Investitionsgüter gehandelt habe. Gregor opponierte und gab an, daß Široký beim Gespräch mit Mikojan „jedoch den Eindruck hatte, daß es auch um die Verbesserung des Rohstoffplanes gehe“. Menšikov bestätigte jedoch nochmals als Gesprächsteilnehmer, daß nur von Investitionsgütern die Rede gewesen sei. Aber Gregor brachte danach eine Notiz in Erinnerung, nach der es ebenfalls um Rohstoffe gegangen sei. „Keineswegs“, antwortete Menšikov.

Die zweite Frage betraf das Ansuchen um ein sowjetisches Gutachten, wie und in welchem Ausmaß die Sowjetunion ihre Einfuhr gemäß dem zusätzlichen Entwurf des Schriftstückes 35 Milliarden einzuteilen gedenke. Menšikovs Antwort lautete: „Wir wollen, daß Sie die Lieferungen im Rahmen des Schriftstückes 71 verbessern, und zwar gemäß dem Schriftstück 35 Milliarden.“ Die Produktion eines Teiles der Waren, die im Schriftstück 35 Milliarden inbegriffen sind, könnte „zur Herstellung von Investitionsgütern dienen, die die Tschechoslowakei zwar von der UdSSR fordert, die zu liefern wir jedoch nicht imstande sein werden“.

Die Antwort auf die dritte Frage sollte ausdrücken, bei welchen Posten des Schriftstückes 71 mit dem Import auch nach dem Jahre 1955 zu rechnen sei. Danach müßten sich in der ČSR die Investitionen richten. Die sowjetische Antwort: „Wir wissen es nicht.“

Die vierte Frage tauchte in den Verhandlungen neu auf. Es ging um die Bilanz von Ein- und Ausfuhr. Der tschechoslowakische Export war hoch und der sowjetische niedrig. Er erreichte die Differenz von über zwei Milliarden Rubel innerhalb von fünf Jahren. „Wie will die sowjetische Seite diesen Unterschied ausgleichen?“, fragte Gregor, und vertrat den Standpunkt, daß die Unterschiede während eines Jahres eine gewisse Grenze nicht überschreiten dürften. In den Jahren 1953—55 war es auch so. Menšikov stimmte mit Gregors Antwort auf die Frage, was er zum Export zähle, nicht überein. Der bezog nämlich außer dem Schriftstück 71 und den Lieferungen aus dem Vertrag des Jahres 1947 noch „CH“ ein. Der Posten „CH“ enthielt die sowjetische Vergütung für die Einfuhr von Uranerz aus der ČSR. Darauf reagierte Losakov: „CH zählen Sie nicht dazu.“ Gregor war einverstanden, daß dieser Posten nicht in den Kontingent-Vertrag mit einbezogen werden müsse, jedoch sollte er in der Bilanz in Betracht gezogen werden, und führte an, daß es nicht möglich sei, ihn mit weniger bedeutenden sowjetischen Lieferungen zu bezahlen. Losakov und Menšikov erklärten, daß „die Bezahlung des Postens ‚CH‘ Bestandteil eines besonderen Abkommens sein könne“. Gregor billigte das unter der Voraussetzung, daß die besonderen Lieferungen Eisenerz oder Kupfer sein würden. Menšikov bog sofort auf ein anderes Thema ab — daß die tschechoslowakische Seite die Zeitermine in der Erfüllung des Schriftstückes 71 verbessern solle. Zu diesem Zwecke sollten sich Experten zusammentun. Gregor sprach sich dafür aus, wenn „auch über unsere Entwürfe zum Import von Investitionsgütern aus der UdSSR verhandelt wird“. Menšikov setzte durch, daß es nur um die Klärung der tschechoslowakischen Forderungen gehen werde.

Die fünfte Frage betraf die mögliche Rückkehr der Experten nach Prag ³⁵.

Experten und Vizeminister trafen sich am nächsten Tag, den 15. September. Losakov legte ein Verzeichnis von 39 Posten aus der „Liste 71“ vor, für die die sowjetische Seite schon 1951 und 1952 den tschechoslowakischen Export oder gar dessen Erhöhung verlangt hatte. Der sowjetische Experte fügte hinzu, daß nach dem Gutachten der Industrie noch mit weiteren Forderungen zu rechnen sei. Dvořák versprach, die Möglichkeiten zu überprüfen, obwohl er nicht „mit weiteren grundsätzlichen Verschiebungen der Lieferfristen rechne“ ³⁶.

Die sowjetische Delegation erreichte zuerst, daß ihre Partner nahezu in vollem Umfange die Verpflichtungen des Schriftstückes 71 annahmen; und jetzt setzten sie alle Bemühungen daran, die Einhaltung des Zeitplanes, wie ihn ihre Experten ausgearbeitet hatten, zu erzielen.

Die Tage vergingen, die Mitglieder der Delegationen trafen sich, aber die Verhandlung trat auf der Stelle, sie stieß auf ein Schlüsselproblem der tschechoslowakischen Wirtschaft — Rohstoffe. Der ständige Vertreter im RGW schrieb darüber an Dolanský am 15. September und drückte darin mehr oder weniger die Ansichten des sowjetischen Experten aus, der ihm mitteilte, „daß die Frage von Stahl und überhaupt Metallen entscheidend für die Entwicklung unserer Industrieerzeugung ist . . .“. Selbst zog er daraus die Folgerung, „daß unsere Bedürfnisse [der UdSSR gegenüber — Anm. d. Aut.] an Rohstoffen und Lebensmitteln sowie anderen Erzeugnissen ihre Grenze irgendwo zwischen 10—20 Mrd. Kčs jährlich haben“, und daß also eine weitere Erhöhung der wirtschaftlichen Bindungen zur UdSSR „nur im Wege des gegenseitigen Austausches von Maschinen und Anlagen möglich ist“. Er empfahl, die Produktion für den sowjetischen Bedarf zu spezialisieren, und schlug vor, den Plan der landwirtschaftlichen Erzeugung zu überprüfen, „ob es nicht zweckmäßig wäre, die sowjetischen Angebote an Getreide und Futtermitteln anzunehmen und zu Hause zum Anbau von Spezialkulturen überzugehen“ ³⁷.

Als am 16. September Kliment in Begleitung von Gregor und Botschafter Kreibich kam, um sich von Menšikov und Losakov zu verabschieden, äußerte er die Überzeugung, daß die laufenden Verhandlungen die Freundschaft zwischen beiden Staaten festigen werden. Er versprach, daß er sich in Prag für die Verbesserung der Erfüllung des Schriftstückes 71 gemäß des sowjetischen Zeitprogrammes einsetzen werde, und verlangte die Erhöhung der Rohstofflieferungen. Menšikov dankte ihm „für die schönen Abschiedsworte“, und auf sein Versprechen reagierte er mit der Wiederholung des Wunsches, „daß sich die Tschechoslowakei, auch was die Jahre betreffe, den sowjetischen Ansprüchen anpassen möge“. Zu Kliments Ansuchen erklärte er, daß beim Ausarbeiten des Entwurfes bezüglich der Ausfuhr von Rohstoffen die sowjetischen Stellen von maximalen Möglichkeiten ausgegangen seien.

Zum Abschluß dieses Höflichkeitsbesuches bat Gregor im Auftrag seiner Regierung „die sowjetische Seite, die Verhandlungen über Kontingente für das Jahr 1951

³⁵ A MNP, VM SÚP, Protokoll von der Beratung, stattgefunden am 14. 9. 1950 im Vněštorg von 22—22⁵⁰ Uhr.

³⁶ A MNP, VM SÚP, Vermerk über die Beratung im Vněštorg am 15. 9. 1950 um 12 Uhr.

³⁷ A MNP, VM SÚP, A. Z. 1091, Brief von Húsek an Dolanský am 15. 9. 1950.

zu beginnen“. Menšikov brachte einen abschlägigen sowjetischen Standpunkt zum Ausdruck, denn „diese Verhandlungen gedachten sie erst nach der Unterzeichnung des langfristigen Vertrages aufzunehmen“³⁸.

Danach begann die Woche der Bilanzziehung. Beide Seiten brachten die bisherigen Ergebnisse und bisher nicht vereinbarten Posten zur Sprache. Die tschechoslowakische Delegation informierte Prag über die strittigen Punkte und den kontemporären Stand der Verhandlungen. Die Delegierten verfaßten eine vierteilige Nachricht. Im ersten Teil äußerten sie, daß die Tschechoslowakei die verlangten Posten des Schriftstückes 71 nahezu erfüllt habe. Im zweiten zitierten sie Daten der Einfuhr aus der UdSSR: Das sowjetische Angebot für die Jahre 1951—55 betrug 56 Milliarden Kčs, daraus Posten von 6 Milliarden, für die kein Interesse bestand. Die tschechoslowakische Forderung erreichte eine Höhe von 94,3 Milliarden Kčs, also eine Differenz von 44 Milliarden; die Hauptforderung betraf Eisen-erz. Diesen Teil der Nachricht beendeten die Verfasser mit der Erklärung von Menšikov, „daß die sowjetische Seite nicht gewillt ist, das Angebot von Rohstoffen zu erhöhen“.

Im dritten Teil machten sie auf die Aktivspitze aufmerksam, die nach den sowjetischen Entwürfen im Laufe von fünf Jahren über zwei Milliarden Rubel zugunsten der Tschechoslowakei darstellen würde, und gleichzeitig erläuterten sie Menšikovs Standpunkt zu dieser Frage. Im letzten Teil konstatierten sie, daß die tschechoslowakischen Import-Forderungen schon jetzt mit dem sichergestellten Export in die UdSSR finanziell gedeckt seien³⁹.

Am 21. September wurden die Beratungen von neuem aufgenommen. Diesmal trafen Menšikov und Losakov mit Gregor, Dvořák und den Experten zusammen. Gregor erklärte zuerst, daß er noch in einigen Posten die Lieferungen erhöhen wolle, wenn er bis zum 31. Oktober alle nötigen technischen Daten erhalte. „Weiter hängt alles davon ab, wie man unseren Anforderungen auf Rohstoffe und Investitionsgüter nachkommen wird. Ich hebe hervor, daß wir das nicht als Junktim aufstellen, aber wir müssen wissen, was wir bekommen, um rechtzeitig die nötigen Schritte unternehmen zu können.“ Danach sprach er von den unausgeglichenen Bilanzen des Ex- und Importes und des sich daraus ergebenden tschechoslowakischen aktiven Saldos.

Menšikov versicherte, daß „jedoch auf jeden Fall der In- und auch der Export im Rahmen des fünfjährigen Übereinkommens mit Ausnahme von ‚CH‘ beglichen wird. Gleichfalls wird auch ‚CH‘ als Ganzes bezahlt. ‚CH‘ trennen wir als besondere Lieferung von dem fünfjährigen Übereinkommen ab“. Darauf reagierte Gregor mit der Bitte, „daß entweder mir oder der tschechoslowakischen Regierung mitgeteilt wird, auf welche Art und Weise die sowjetische Seite sich die Begleichung vorstellt. Ich weiß, daß ich diese Antwort jetzt nicht sofort bekomme, ich muß sie jedoch anfordern, weil ich sonst bei meiner Rückkehr meiner Regierung mitteilen müßte, daß ‚CH‘ ungedeckt bleibt.“ Losakov brachte vor: „Was beunruhigt Sie

³⁸ A MiP, VM SÚP, Vermerk über den Besuch bei Minister Menšikov am 16. 9. 1950 um 22 Uhr.

³⁹ A MNP, VM SÚP, kurze Notiz über den Stand der Verhandlungen über langfristige Kontingente zwischen der UdSSR und der CSR für die Jahre 1951—1955 am 16. 9. 1950.

denn eigentlich so? Nur die Tatsache, daß ‚CH‘ grob gerechnet eine Milliarde vorstellt? Das bedeutet 200 Millionen jährlich. Das ist kein so großer Betrag, als daß wir ihn nicht decken könnten.“ Laut Gregor ging es ganz im Gegenteil um einen hohen Betrag, und er erinnerte von neuem daran, daß „wir nur Sachen abnehmen können, für die wir Bedarf haben werden. Praktisch würde das bedeuten, daß die sowjetische Seite uns Ware liefern müßte, an der Mangel besteht.“ Menšikov verwies auf die Argumente, die er Široký bei Mikojan mitteilte. „Wenn man diesen Umständen genügend Rechnung tragen wird, dann werden nicht einmal so große Unterschiede zwischen unseren und Ihren Zahlen sein.“ Zum Schluß versprach er von neuem, alles zu überprüfen, und verwies nochmals auf das Gespräch, das er mit Široký bei Mikojan geführt hatte ⁴⁰.

Über seine Verhandlungen mit Menšikov informierte Gregor die tschechoslowakischen führenden Funktionäre — Gottwald, Slánský, Zápotocký, Dolanský —, wobei er angab, daß die sowjetischen Funktionäre auch weiterhin den Standpunkt verträten, daß ihr Angebot von Rohstoffen das Maximum ihrer Möglichkeiten darstelle. Die Information enthielt auch Gregors Argumentation: „Wir gaben an, wie unproportioniert auch in ihrer Zusammensetzung die sowjetischen Vorschläge für wichtige Rohstoffe gegenüber unseren Exporten von Schwerindustrieerzeugnissen sind und übergaben Menšikov Material darüber, daß entgegen dem Durchschnitt der drei Jahre 1948—50 nach sowjetischen Entwürfen in den Jahren 1951—1955 die Lieferungen von Eisenerz im Durchschnitt nur um 92 %, die Lieferungen von Stahl nur um 77 %, Baumwolle um 29 %, Wolle um 69 % anwachsen. Dagegen steigen die tschechoslowakischen Lieferungen von Schwerindustrieerzeugnissen auf 747 % an, wobei unser Export nahezu unsere gesamte Hüttenproduktion absorbiert ⁴¹.“

Zwei Tage darauf, am 23. September, erklärte Dvořák auf der Sitzung mit Losakov und den Experten, daß es nicht möglich sei, eine weitere Erhöhung der Lieferungen aus dem Schriftstück 71 zu erzielen. Losakov drückte seine Unzufriedenheit aus, denn „wir erwarteten, daß Sie uns mehr entgegenkommen. Ich begreife nicht“, sagte er, „daß bei einzelnen Typen Ihre Möglichkeiten so beschränkt sind.“ Auch die übrigen äußerten ihre Enttäuschung und behaupteten, daß „die Erfüllung noch kleiner wird“ als sie voraussetzten. Losakov gab nicht auf, er drängte und argumentierte: „Sie haben eine ganze Reihe von Möglichkeiten, wenn Sie Posten des zusätzlichen Exportes anbieten. Sie fürchten anscheinend, aufs höchste gesteigerte Pläne auszuarbeiten, und lassen in ihnen zu viele Reserven.“ Dvořák vertrat den tschechoslowakischen Standpunkt mit der Behauptung, daß „sich bei uns mit dieser Frage der Wirtschaftsrat befaßte, der die Ergebnisse der Überprüfungen nachkontrollierte und bestätigte“. Daraufhin stellte Losakov — eine sicher überraschende — Frage: „Wie ist der Wirtschaftsrat zusammengesetzt?“ Als er die Antwort erhielt, daß an der Spitze Zápotocký und Dolanský stünden, endete die

⁴⁰ A MNP, VM SÚP, Protokoll über die Beratung im Vněstorg am 21. 9. 1950 um 12³⁰ Uhr. Vermerk über das Gespräch von Široký mit Mikojan steht bisher nicht zur Disposition.

⁴¹ A MNP, VM SÚP, A. Z. 1089, Chiffre aus Moskau vom 22. 9. 1950.

Diskussion mit der Erklärung „wir erwarten noch weiter, daß Sie Ihre Vorschläge verbessern“⁴².

Die zweite Etappe der Verhandlungen beenden wir mit den Anmerkungen, die Gregor am 24. September dem Bericht an den Wirtschaftsrat hinzufügte. Der Bericht betraf die unerledigten Probleme bei der Vorbereitung des langfristigen Vertrages.

Seine Verfasser stellten Betrachtungen an „über die Herabsetzung der Richtzahlen unserer Produktion für das Jahr 1955 wegen Unverkäuflichkeit der voraussichtlichen Export-Überschüsse in die UdSSR ...“ Gregor empfahl, bei diesen Erwägungen die Erhöhung des Exportes in die Volksdemokratien und eine Steigerung der Abhängigkeit der Tschechoslowakei von der kapitalistischen Welt, entgegen den ursprünglichen Voraussetzungen, zu berücksichtigen. Diese beiden Erscheinungen betrachtete er als direkte Folge der Moskauer Verhandlungen. Als Beweis führte er an: „Wenn wir bei unserer Abreise nach Moskau mit dem Import aus kapitalistischen Staaten in Höhe von 8 % unseres Gesamtimportes im Jahre 1955 rechneten, zeigt es sich nun, daß sich dieser Prozentsatz auch bei Erhöhung des Umfanges im Handelsverkehr mit den volksdemokratischen Staaten wahrscheinlich um 20—30 % erhöhen wird.“ Daraus folgerte er die Notwendigkeit, Gebrauchsgüter, geeignet zur Ausfuhr auf diese Märkte, sicherzustellen. Gregors Erwägungen zum Bericht enthielten auch Vorschläge zur „Umorientierung des Handels“, z. B. Seide aus China einzuführen, alte Grubenbetriebe auszunutzen, Flachs anzubauen u. dgl.⁴³.

Gegen Ende der zweiten Etappe läßt sich auch das Konzept eines Teiles des Briefes datieren, den Široký, Dolanský und Gregor im Namen der Führung der Partei und des Staates direkt an Stalin zu senden empfahlen. Darin spiegelte sich die kontemporäre Position der Tschechoslowakei in der Vorbereitung des Vertrages wider. Das Konzept lautete: „Bei der derzeitigen Verhandlung über langfristige Kontingente für die Jahre 1951—55 verbesserten wir sukzessiv unsere ursprüngliche Antwort auf die sowjetischen Forderungen so, daß wir ihnen jetzt fast bis auf 98 % entgegenkommen. Sofern noch Unterschiede in den jährlichen Lieferungsfristen bestehen, sind wir bestrebt, auch das zu verbessern. Dagegen verharret die sowjetische Seite bei den Rohstoffen, die für uns am wichtigsten sind, seit Beginn der Verhandlungen auf ihrem ursprünglichen Angebot, das in Hinblick auf die Umgestaltung unserer Wirtschaft gänzlich unzureichend ist. Ich mache auf diesen Stand der Verhandlungen aufmerksam und bitte Sie dringend [inständig, Berichtigung J. Dolanský], daß Sie uns, wie auch schon mehrmals vorher, helfen und diesmal dadurch, daß die sowjetischen Lieferungen, insbesondere Eisenerz, Kupfer und Baumwolle, auf Mengen, die unseren Anforderungen entgegenkommen und für Sie nur irgendwie möglich sind, erhöht werden“⁴⁴.

⁴² A MNP, VM SÚP, Eintragung über die Beratung im Vněstorg am 23. 9. 1950.

⁴³ A MNP, VM SÚP, Brief von Gregor aus Moskau am 24. 9. 1950 nach Prag (Zyklostil).

⁴⁴ A MNP, VM SÚP, Konzept eines Briefes mit Berichtigungen von Dolanský.

Die dritte Etappe

Mit dieser Bitte wird die dritte Etappe der Handelsdebatte eröffnet. Ihr Erfolg war für den tschechoslowakischen Bedarf entscheidend. Schon am 26. September stimmten Dolanský, Kliment, Frejka und Goldman darin überein, daß es „beim heutigen Stadium der Verhandlungen [nach der Erhöhung der Lieferungen von Rohstoffen aus der Sowjetunion] weder passend noch zweckmäßig wäre, die Verhandlungen zu verlängern oder durch Aufwerfen irgendwelcher Zusätze und Vorbehalte zu komplizieren“⁴⁵.

Am selben Tage erhielt Gregor in Moskau aus Prag eine Weisung folgenden Inhalts: „Von den höchsten sowjetischen Stellen wurde uns mitgeteilt, daß die sowjetische Regierung bereit ist, folgende Lieferungen zu erhöhen: Eisenerz in den Jahren 1951—55 12 Millionen Tonnen, Kupfer 100 Tausend Tonnen, Aluminium 50 Tausend Tonnen, Blei 15 Tausend Tonnen, Zinn Tausend Tonnen, Eisenmolybdän 500 Tonnen, Zink 25 Tausend Tonnen, Nickel 10 Tausend Tonnen. Du sollst jetzt die Verhandlung zu Ende führen, keine weitere Steigerung von Lieferungen der angegebenen Rohstoffe oder Baumwolle verlangen, die sowjetischen Lieferungen der von uns ausgesuchten wichtigen Investitionsgüter klären, unsere Versprechen der Investitionslieferungen und Fristen, zuletzt mitgeteilt von Kliment, einhalten. Dolanský“⁴⁶.

Am nächsten Tag, den 27. September, erfolgte noch ein Nachtrag. Es ging um die Richtlinien zu den Verhandlungen, nach denen Gregor um die Ergänzung der Vereinbarung in dem Sinne bestrebt sein sollte, daß im Laufe der Monate von der Unterzeichnung des Vertrages ab „sich die Vertreter beider Seiten treffen, damit sie über die technische Hilfe seitens der UdSSR, erforderlich im Zusammenhang mit den tschechoslowakischen Lieferungen, verhandelten und die restlichen technischen Spezifikationen der tschechoslowakischen Lieferungen klärten“. Gleichzeitig wurde ihm von neuem auferlegt, das sowjetische Angebot von Weizen, Futtermitteln und Fetten anzunehmen⁴⁷.

Die tschechoslowakischen Forderungen nach Rohstoffen wurden zwar mehr zufriedengestellt als im ursprünglichen sowjetischen Entwurf, aber die Unterschiede wurden bei weitem nicht überwunden. Am 28. September teilte Dvořák den Funktionären des sowjetischen Ministeriums für Außenhandel mit, daß sie von der Regierung den Auftrag erhalten hätten, „die Posten des sowjetischen Ausfuhrrentwurfes, bei denen wir seinerzeit um Herabsetzung gebeten hatten, anzunehmen“⁴⁸. Zwei Tage darauf, am 30. September, verhandelte Gregor mit Menšikov und Losakov. Abermals ersuchte er die sowjetische Seite, „ob sie nicht in einigen Positionen, namentlich bei Eisenerz, Kupfer, Nickel und Zink, der tschechoslowakischen entgegenkommen könnte“. Menšikov hielt jedoch an der Erhöhung der Lieferung erst in den Jahren 1953—55 fest, keineswegs früher. Losakov begründete diesen

⁴⁵ A MNP, VM SÚP, A. Z. 1092, Protokoll der Beratung bei Dolanský am 26. 9. 1950.

⁴⁶ A MNP, VM SÚP, A. Z. 1089, Chiffre aus Prag vom 26. 9. 1950 an Gregor.

⁴⁷ A MNP, VM SÚP, Personal-Chiffre vom 27. 9. 1950 an die Botschaft der ČSR in Moskau.

⁴⁸ A MNP, VM SÚP, Vermerk über die Beratung im Vněštorg am 28. 9. 1950.

Standpunkt so, daß für sie das gleiche schwierige Problem bestehe, wie für die Tschechoslowakei, denn die Steigerung der Förderung von Erzen erfordere neue Grubenbetriebe ⁴⁹.

An den höchsten Stellen wurden zwar die Kontingente der Rohstoff-Einfuhren vereinbart, jedoch blieben die ungünstigen Zeiteinteilungen. Um eine Verbesserung bemühte sich Gregor mit Menšíkov und am 6. Oktober wiederum Dvořák mit Losakov. Losakov antwortete diesmal, daß sie nicht ganz den tschechoslowakischen Vorstellungen entspreche, aber ihr sehr nahekomme. Er selbst forderte gleichzeitig, daß sich die tschechoslowakischen Lieferungen schon im Jahre 1951 erhöhen sollten. Auf Dvořáks Antwort, daß er keine grundsätzlichen Möglichkeiten zur Verbesserung sehe, reagierte er feindselig, „daß die Entscheidung nicht auf dem Gebiete der Technik, sondern auf dem der Politik liege“. Die zweite Forderung betraf die Investitionslieferungen. Dvořák ersuchte die sowjetische Seite, ebenfalls die Möglichkeiten der Investitionslieferungen zu überprüfen, und argumentierte, daß, wenn ihrem Bedarf an Import von Erzen und Metallen aus der UdSSR nicht völlig nachgekommen würde, sie ihre eigene Förderung erweitern müßten, für die sie Investitionsanlagen bräuchten ⁵⁰.

Gregor informierte am 7. Oktober die führenden Funktionäre in Prag über die weiteren Schwierigkeiten bei den Verhandlungen. Zu den ernstesten gehöre, daß die sowjetischen Vertreter „sich inzwischen dem widersetzen, daß bei den 71 Posten genau angegebene Fristen vereinbart würden, in denen es zur technischen Klärstellung kommen müsse, zur Übergabe von Skizzen u. a.“. Gregor führte an, daß „wir einen Rücktritt von unserer Forderung als gefährlich ansehen, da bei fest angesetzten Lieferterminen die Verantwortung für eine baldige Klärung eindeutig auf uns ruhen würde. Darum halten wir an dieser Verbindlichkeit auf jeden Fall fest“. Er erwähnte die wiederholte sowjetische Forderung, den tschechoslowakischen Export aus dem Schriftstück 71 in den Jahren 1951—1952 zu verbessern ⁵¹.

Am 12. Oktober gaben die sowjetischen Unterhändler den tschechoslowakischen bekannt, daß „auf Grund von Dispositionen der sowjetischen Regierung die sowjetischen Angebote [Rohstoffe — Anm. d. Aut.] so erhöht wurden, daß sie sich weitmöglichst den tschechoslowakischen Anforderungen näherten“. Bei Eisenerz und Aluminium ginge es allerdings nicht. Dvořák wies auf die Steigerung der Eisenerzförderung hin, die geplant sei, aber nichtsdestoweniger würde sie einen beträchtlichen Import benötigen. Losakov gab an, daß „die CSR von der UdSSR mehr Erz bekäme als Polen“. Dvořáks Verteidigung oder Beschwerde über die Volkswirtschaften, daß diese noch nie ihren Verpflichtungen in den Lieferungen von Eisenerz nachgekommen seien, hatte auf Losakov eine entgegengesetzte Wirkung. Er zog den Schluß, daß sich daraus wahrscheinlich Ansprüche an die Sowjetunion ergeben könnten, „die man als doppelte Versicherung bewerten müßte“, und empfahl, das fehlende Erz aus Schweden einzuführen. Dvořák sprach von dem Bestre-

⁴⁹ A MNP, VM SÚP, Vermerk über die Beratung im Vněštorg am 30. 9. 1950 bei Minister Menšíkov.

⁵⁰ A MNP, VM SÚP, Vermerk über die Beratung im Vněštorg am 6. 10. 1950 um 3 Uhr.

⁵¹ A MNP, VM SÚP, A. Z. 1089, Chiffre aus Moskau am 7. 10. 1950 an Gottwald, Zápotocký, Slánský, Dolanský, Kliment.

ben, sich aus der Abhängigkeit von kapitalistischen Staaten zu lösen. Losakov hatte eine andere Auffassung von Unabhängigkeit. Weil es „um eine kleine Menge — ungefähr eine Million Tonnen jährlich — geht, und auch Schweden Interesse am Handel mit der ČSR hat“, könne also, laut Losakov, keine Rede von irgendeiner Abhängigkeit sein, und er fügte hinzu: „Die Sowjetunion selbst macht auch mit den kapitalistischen Staaten Geschäfte, obwohl sie sonst auf sie pfeift“⁵².

Dann begannen die Preisverhandlungen, die auch zu einem Abschluß kamen. Im Zusammenhang damit brachte am 14. Oktober Dvořák ein Gesuch vor, daß in den sowjetischen Exportgesellschaften „nicht so scharfe Ausdrücke gegen unsere Experten gebraucht werden sollten, wie es in der letzten Zeit geschehen war“⁵³.

Am 18. Oktober schrieb Gregor nach Prag von weiteren Verhandlungsschwierigkeiten. Alles schien schon zur Unterschrift vorbereitet — außer den Investitionslieferungen in die ČSR. Bei allen Rohstoffen, außer Eisenerz und Aluminium, erhöhte die sowjetische Seite nach Intervention aus Prag den Export und kam auch beim Terminplan entgegen. Im Hinblick darauf, daß die UdSSR das Verzeichnis der Lieferungen von Investitionsgütern, die für die ČSR am wichtigsten waren, nicht ausfüllte und weniger wichtige anbot, ersuchte am 14. Oktober Gregor um einen Besuch bei Menšikov. „Dieser wird jedoch von dem Zeitpunkt an von Tag zu Tag verschoben mit der Begründung, daß die sowjetische Seite bisher noch nicht hinreichend vorbereitet sei. Inzwischen suchen sie uns damit zu zerstreuen, daß sie uns zu Fußballspielen und Theatervorstellungen einladen.“ Was den tschechoslowakischen Export angeht, so kam es zu keinen weiteren Verhandlungen und „wir erwarten auch keinen weiteren Druck in dieser Richtung. Ich würde auch nicht über neue sowjetische Forderungen an unseren Export verhandeln, auch wenn sie von neuem auftauchen sollten, solange unsere Importe von Investitionsgütern nicht geklärt werden“⁵⁴.

Der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag für die Jahre 1951—55 wurde endlich am 3. November 1950 unterschrieben. Er stabilisierte sich bei diesen Ziffern: Der tschechoslowakische Export betrug insgesamt ohne CH 62 Milliarden Kronen sowie 9,2 Milliarden, Posten aus dem Vertrag von 1947. Der tschechoslowakische Import wuchs auf 62,9 Milliarden Kčs an. Der Export gliederte sich in folgende Produktionsgruppen: Schiffe und Schiffsanlagen, Naphtha-Röhren und Anlagen für die Erdölindustrie, Einrichtungen für die chemische Industrie, verschiedene Kräne, Anlagen für den Bergbau, Schmiede- und Stanzanlagen. Der Export enthielt also „lauter Erzeugnisse des Maschinenbaus und der Hüttenindustrie mit durchaus überwiegendem Anteil von Erzeugnissen des schweren Maschinenbaus“.

Den sowjetischen Export bildeten: Lebensmittel, Futtermittel, Fette, Textilrohstoffe, Traktoren, Landwirtschaftsmaschinen, Flugzeuge und Motoren, Industrieanlagen, Buntmetalle, Roheisen und Eisenlegierungen, Metallerze, metalloide Mineralien und Düngemittel, synthetischer Kautschuk, Chemikalien, Naphtha, Holz, Tabak, Pelze.

⁵² A MNP, VM SÚP, Vermerk über die Beratung im Vněštorg am 12. 10. 1950.

⁵³ A MNP, VM SÚP, Eintragung über die Beratung im Vněštorg am 14. 10. 1950.

⁵⁴ A MNP, VM SÚP, G. Z. 1129, Nachricht über den Stand der Verhandlungen bezüglich des Übereinkommens zwischen der UdSSR und der ČSR am 18. 10. 1950.

Der Vertrag enthielt auch das Verzeichnis von dreizehn Betrieben, für die die sowjetische Seite der Tschechoslowakei eine vollständige technologische Ausstattung zuteil werden ließ.

Die Auswirkungen des Übereinkommens

Die Vereinbarung hatte unmittelbar auch langfristige Folgen. Die Erfüllung der sowjetischen Forderungen war mit beträchtlichen Verschiebungen von Investitionen und Arbeitskräften verknüpft, deren Resultat große ökonomische Verluste waren, die sich negativ auf das Wachstum des Volksvermögens und nachteilig auf die Modernisierung der Produktion und des Lebensstandards der Bevölkerung auswirkten.

Noch vor der Unterzeichnung des Übereinkommens trug das Präsidium des Wirtschaftsrates am 4. Oktober den zuständigen Ämtern auf, Projektionssolls in Verbindung mit langfristiger Vereinbarung für diese Investitionsgüter in ihrer Gesamtheit vorzulegen: den Aufbau von Eisenerzgrubenbetrieben und Aufbereitungsanlagen für Erze, den Aufbau einer Aluminiumfabrik, einer Grube und Aufbereitungsanlage für Nickelerz, den Aufbau der zweiten Etappe des Werkes für Dieselmotoren, superschwere Schmieden, den Aufbau der zweiten Etappe von Schiffswerften bei Preßburg, den Plan der geologischen Forschung auszuarbeiten und die beschleunigte Herstellung von Bohranlagen sicherzustellen. Weiter wurden sie beauftragt, einige Produktionsprogramme des schweren Maschinenbaus in die Betriebe des Präzisionsmaschinenbaus zu verschieben, Veränderungen in den Herstellungsprogrammen der Flugzeug- und Automobilindustrie vorzunehmen und Arbeitskräfte für die Werke der Schwerindustrie sicherzustellen⁵⁵.

Am 23. und 30. November beriet das Präsidium des Wirtschaftsrates schon über die Projektionssolls und Finanzaufwendungen für Investitionen. Nach Berechnungen erforderten die gesteigerten Förderungsmengen von Eisenerzen in den Jahren 1951—55 Investitionen von 5,1 Milliarden Kčs, die Aufbereitungsanlagen von Magererzen 2 Milliarden, der Aufbau von Eisenhüttenkombinaten 22 Milliarden⁵⁶. Für die Aufwendungen der Aluminiumanlage wurden 1,5 Milliarden vorausgesetzt, für die Hütte zur Herstellung von Nickel 637 Millionen⁵⁷, für die Erweiterung der Werften bei Preßburg 623 Millionen, die Plazierung von superschweren Schmieden 1,1 Milliarden⁵⁸. Zum Vergleich sei angeführt, daß der Gesamtumfang der In-

⁵⁵ A ÚML, Fonds 27, Sitzung vom 4. 10. 1950, Vermerk über die Maßnahmen in Zusammenhang mit dem langfristigen Übereinkommen zwischen der UdSSR und der ČSR.

⁵⁶ Es ging um den Ausbau von HUKO, der im Jahre 1953 eingestellt wurde, nachdem über eine Milliarde Kronen ausgeschöpft worden waren.

⁵⁷ A ÚML, Fonds 27, Sitzungen vom 23. und 30. 11. 1950, Materialnummer 313.

⁵⁸ Über die Einführung von superschweren Schmieden gab die Expertise unter anderem an: „Gemäß des langfristigen Vertrages mit der UdSSR sollen wir gehämmerte, kesselförmige Körper von 1,8 m Breite und 22 m Länge herstellen. Diese werden aus Ingot (Stahlblock), bis zu 250 Tonnen schwer, hergestellt.“ Dazu benötigt man eine Presse von 12 000 Tonnen Druck. Es gibt diese Schmiedepressen in der UdSSR — eine mit einer Leistungsfähigkeit von 15 000 Tonnen —, in Japan — eine mit der gleichen Leistung —, in den USA — eine mit einer Leistung von 14 000 Tonnen — und in Eng-

vestitionen im Jahre 1950 92,4 und im Jahre 1951 110 Milliarden Kčs betrug⁵⁹.

Die Fabriken der Schwerindustrie forderten als Bedingung zur Erfüllung der Verbindlichkeiten, die sich aus dem Übereinkommen ergaben, 550 000 Arbeitskräfte in den Jahren 1951—55. Bei den übrigen Branchen wurde eine Erhöhung der Anzahl von Arbeitskräften auf 980 000 vorausgesetzt. Entwürfe zur Erfüllung dieser Forderungen rechneten mit folgenden Quellen: Nachwuchs, Frauen aus dem Haushalt und Landleute. Die Eingliederung von 282 000 Frauen in die Produktion bedeutete den Abgang von Männern aus der Leichtindustrie und dem Handel und ihren Ersatz durch Frauen. Die Freigabe von 537 000 Landleuten für die Industrie erzwang eine beschleunigte Kollektivierung der Landwirtschaft⁶⁰.

Die Forderungen, enthalten im langfristigen Übereinkommen, zusammen mit den Ansprüchen der Volksdemokratien und Wehrwirtschaft in der Zeit des Kalten Krieges, hatten entscheidenden Einfluß auf das weitere Schicksal der tschechoslowakischen Wirtschaft. Sie nötigten ihr eine strukturelle Umgestaltung auf, die ihrer Tradition und ihren Möglichkeiten widersprach und zu einer Quelle permanenter Schwierigkeiten wurde.

Die strukturelle Veränderung der Wirtschaft wirkte sich durch die einseitige Entwicklung der Branche der Schwerindustrie zum Nachteil der übrigen Industrien aus, bremste den gleichmäßigen ökonomischen Werdegang und den Übergang der Tschechoslowakei in ein modernes Industrieland.

land — eine mit der Leistungsfähigkeit von 7 000 Tonnen. Die erforderliche Presse wurde während des Krieges in den Škoda-Werken, Pilsen, deponiert, wohin sie von den Krupp-Werken eingelagert wurde. Sie wurde also in Ostrau installiert, und man nahm an, daß sie im Jahre 1953 zu 44 %, im Jahre 1954 zu 61 % und im Jahre 1955 zu 76 % genützt würde. Die Expertise führte über die Schiffswerften bei Preßburg an: Die alte Werft kann nicht das produzieren, was die UdSSR fordert. „Die Werft ist schon heute die größte Flußwerft in Europa und nach dem Ausbau der zweiten Etappe wird sie die doppelte Kapazität haben wie die größte Werft in Ungarn. Die weiteren zwei Werften in Ungarn, eine in Rumänien, die Werften in Deutschland an Rhein und Elbe haben durchwegs eine Größe von 20—30 % der zukünftigen Werft“ bei Preßburg (A MNP, VM SÚP, A. Z. 155—2673).

⁵⁹ A ÚML, Fonds 27, Material Nr. 108, Jahr 1951.

⁶⁰ A ÚML, Fonds 27, Material Nr. 117, Jahr 1950.